

In der BRD wird zu viel Ökostrom eingespeist

[NAEB-Mitglied werden und NAEB-Rundbrief per E-Mail empfangen \[2\]](#)

NAEB 2107 am 28. März 2021

Immer wieder müssen Wind- und Solaranlagen abgeschaltet werden, weil zu viel Ökostrom eingespeist wird. Mit jedem neuen Windgenerator und jeder neuen Fotovoltaik-Anlage häufen sich die Abschaltungen, was die Betreiber in keiner Weise stört, denn sie erhalten eine Ausfallvergütung für überflüssigen und ungelieferten Strom, die der Stromkunde als EEG-Umlage bezahlen muss. Statt die Energiewende zu stoppen, wollen die Wendepolitiker die Erzeugung von Wind- und Solarstrom noch verdreifachen. Das geht in die Hose.

Windgeneratoren an der Küste werden oft abgeschaltet

Rolf Schuster vom Verein „Vernunftkraft“ hat die Nutzung von Wind- und Sonnenstrom nach den Daten der Bundesnetzagentur zusammengestellt. Danach wurden im Jahr 2019 - die Zahlen für 2020 müssen noch ermittelt werden - 703 Millionen Euro Ausfallvergütung an die Betreiber von Wind- und Solaranlagen gezahlt, weil bei einem Überschuss ihr Strom abgeschaltet wurde, um das Netz stabilzuhalten. Die Ausfallentschädigung basiert auf einer berechneten erreichbaren Erzeugung von 6,45 Milliarden Kilowattstunden (kWh), für die es keinerlei Verwendung gab. Das entspricht gut einem Prozent des Jahresbedarfs.

Im windreichen Schleswig-Holstein gab es die meisten Abschaltungen. Knapp 20 Prozent des Windstroms hätten in das Netz eingespeist werden können. Doch das hätte das Netz überlastet. Es folgt Niedersachsen, der größte Windstromerzeuger. Dort war es unmöglich, etwas mehr als 5 Prozent einzuspeisen. Die beiden Länder verfügen über ein Drittel der in der BRD installierten Windstromleistung. Die übrigen Länder konnten den Windstrom fast vollständig in das Netz einspeisen. Das war möglich, weil in diesen Bereichen noch ausreichend Dampfkraftwerke vorhanden sind, die auf die schwankende Windstromleistung bedarfsgerecht reagieren können. Mit den geplanten Abschaltungen der Kern- und Kohlekraftwerke entfällt diese Regelmöglichkeit.

Hohe Ausfallvergütungen

Die höchsten Ausfallvergütungen, die von der Bundesnetzagentur als Entschädigungsansprüche bezeichnet werden, wurden für den Windstrom von Landanlagen fällig: Die Betreiber erhielten knapp 430 Millionen Euro für 5,084 Milliarden kWh Phantomstrom. Das sind 8,5 Cent/kWh. Deutlich teurer ist der Strom von der hohen See. Ein theoretisch erzeugbarer Off-Shore-Strom von 1,187 Milliarden kWh wurde mit 20 ct/kWh vergütet. Das sind 238 Millionen Euro.

Solar- und Biogasstrom konnten weitgehend genutzt werden. Ihr Anteil an der Ausfallvergütung liegt bei wenigen Prozent. Die Vergütung pro Kilowattstunde ist allerdings beachtlich hoch, für Solarstrom 20,2 ct/kWh und für Biogasstrom 20,3 ct/kWh.

Hohe Kosten für zu viel Strom

Strom ist ein Energietransport. Er muss zum Zeitpunkt seiner Erzeugung beim Verbraucher wieder in eine andere Energieform umgewandelt werden. Überschussstrom wird daher zum Problem. Findet man keine Abnehmer, bleibt nur ein Export ins benachbarte Ausland übrig.

Dies wird über die Strombörsen organisiert. Bei einem Überangebot sinken die Strompreise in den negativen Bereich. Das heißt, Stromabnehmer bekommen noch Geld dazu. Im letzten Jahr 2020 gab es den Rekord von 309 Stunden mit negativen Preisen. Insgesamt wurde für den Export des überflüssigen Stroms mehr als 26 Millionen Euro gezahlt.



Der Weg des Geldes offenbart den Betrug! [1]

Bei hohem Stromangebot und niedrigen oder sogar negativen Preisen exportiert die BRD viel Strom. In diese Börsenpreise müssen auch die Kraftwerke einsteigen, für sie ein Verlustgeschäft. Sie drosseln daher ihre Produktion oder legen Kraftwerke still. Kommt es dann zu einer Flaute und wenig Sonnenlicht, entsteht Strommangel im BRD-Netz. Dann wird Strom importiert. Bei Mangel ist der Preis hoch. Die BRD exportiert also teuren Wind- und Solarstrom weit unter den Vergütungskosten ins Ausland und importiert bei Bedarf Strom zu deutlich höheren Preisen. Die Importleistungen erreichen 5.000 Megawatt. Das ist die Leistung von fünf großen Kernkraftwerken oder sieben Kohlekraftwerken. Mit den Abschalten der letzten Kernkraftwerke und weiteren Kohlekraftwerken steigt der Stromimport.

Wind- und Solarstrom hat geringen Wert

Wind-, Solar- und Biogasstrom wurde laut Bundeswirtschaftsministerium im Mittel mit 14 ct/kWh vergütet. Der Börsenwert liegt aber weit darunter und wird bei einem Überangebot sogar negativ. Dieser wetterabhängige Wendestrom ist deutlich teurer und gleichzeitig weniger wert als der plan- und regelbare Kraftwerkstrom. Das bleibt auch so, wenn durch Abgaben auf Kohlenstoffdioxid-Emissionen die Erzeugung des Kraftwerkstroms verteuert wird, denn die Unterschiede sind in keiner Weise wirtschaftlicher Natur, sondern allein physikalisch-technischer Natur.

Der Wendestrom bleibt zweitklassig. Er allein erlaubt kein stabiles Stromnetz. Die großen Kraftwerke müssen Frequenz und Phase im Netz vorgeben und stabilisieren. In ein solches Netz kann dann bis zu 55 Prozent Wendestrom eingespeist werden. Die Bundesregierung und alle Bundestagsparteien außer der AfD wollen jedoch mit dem weder plan- noch regelbaren Wendestrom die BRD zu 80 oder sogar zu 100 Prozent versorgen. Das ist unmöglich. Es ist eine Täuschung der Bevölkerung. Um das deutlich zu machen, bezeichnet der Stromverbraucherschutz NAEB diesen Strom als FAKEPOWER (Fake = Täuschung). NAEB ist eine Vereinigung von Energiefachleuten, die über Jahrzehnte maßgeblich an einer sicheren und bezahlbaren Energieversorgung mitgewirkt haben:

www.naeb.info

Auch zu wenig Fakepower wird teuer

Wenn wenig Wind weht, keine Sonne scheint, aber gleichzeitig der Strombedarf steigt, kommt es im Netz der BRD immer häufiger zu Strommangel, der weder durch Importe noch durch Dampfkraftwerke ausgeglichen werden kann. Es werden dann große industrielle Verbraucher, wie beispielsweise Aluminium-Elektrolysen mit hohem Strombedarf für eine begrenzte Zeit abgeschaltet. Um ein Kilogramm Aluminium zu erzeugen, werden 16 bis 18 Kilowattstunden gebraucht.

Dieses Verfahren läuft unter der zupackenden Bezeichnung Engpass-Management. Der zutreffendere Name wäre Mangelverwaltung. Die Firmen werden für den Produktionsverlust entschädigt. In 2020 wurden dafür an die Betriebe 961 Millionen Euro ausgezahlt, die als anteilige EEG-Umlage alle Stromkunden tragen müssen.

Das Engpass-Management soll in Zukunft auf die Ladeanlagen für Elektroautos ausgeweitet werden. Hier ist jedoch keine Entschädigung vorgesehen. Besitzer von Elektroautos sollten sich darauf einstellen, dass sie nur noch sporadisch die Batterie ihres Fahrzeugs aufladen können. Dann bleibt es halt stehen, entweder in der Garage oder unterwegs am Straßenrand.

Wendepolitik am Ende

Eine realistische Betrachtung zeigt, dass mit Fakepower keine Energiewende erreicht werden kann. Die Erzeugungskosten liegen deutlich über den Stromkosten der Kraftwerke. Der Wert der unzuverlässigen Fakepower liegt dagegen deutlich unter dem Wert des plan- und regelbaren Kraftwerkstroms. Die teure Fakepower verteuert den Strom weiter durch ihre großen Schwankungen, die hohe und teure Regelleistungen der Kraftwerke erfordern.

Die Behauptung von Wendepolitikern, Wendestrom, oder besser Fakepower, sei heute vielfach preiswerter als Kraftwerkstrom, ist schlicht falsch. Es bestehen auch keine Aussichten, dass sich dies irgendwann ändern könnte. Fakepower benötigt Subventionen. Werden diese gestrichen, sind die Anlagen unwirtschaftlich. Das gilt auch für abgeschriebene Anlagen. Ursprünglich sollten die lukrativen Einspeisevergütungen nach 20 Jahren auslaufen, was Unwirtschaftlichkeit bedeutet. Die einflussreiche Windlobby hat eine Anschlusssubvention erreicht und kann so weiter profitieren, statt die Anlagen kostenpflichtig demontieren zu müssen.

Die BRD hat heute bereits die höchsten Strompreise aller Industriestaaten weltweit. Mit der Fortführung der Wendepolitik werden die Strompreise weiter steigen. Es ist sinnfrei, die Subventionen als steuerliche Zuschüsse zu kaschieren. Nominell bleibt der Strompreis stabil. Die Volkswirtschaft muss aber den Kostenanstieg durch höhere Steuern tragen. Kaufkraft-, Arbeitsplatzverluste und Abwandern der Industrie sind die Folge. Wann werden das die Bürger und Stromverbraucher in der BRD begreifen, und ihre Politiker zur Umkehr zwingen?

Prof. Dr.-Ing. Hans-Günter Appel
Pressesprecher NAEB e.V. Stromverbraucherschutz
www.NAEB.info und www.NAEB.tv

[1] Bildquelle: 408_HiRes_PLR_Photos_money-finance-bills-500

[2] <https://www.naeb.info/naeb7.htm>

Stromlücke: Marc Bernhard entlarvt E-Auto-Wahnsinn! - AfD-Fraktion im Bundestag

<https://www.youtube.com/watch?v=hAB3zYIMF9Y>

15. Februar 2021 | AfD-Fraktion im Bundestag

Die Bundesregierung weiß genau, dass es die exorbitanten Strommengen für ihre zehn Millionen geplanten E-Autos gar nicht gibt. Schon das Aufladen von nur fünf Millionen würde für zehn Stunden die gesamte in der BRD zur Verfügung stehende Strommenge verschlingen. Alles andere müsste abgeschaltet werden. Das ist absolut verantwortungslos und nicht machbar!

Amtlich: Wind & Solar können kein einziges Kraftwerk ersetzen! – Christian Loose (AfD)

<https://www.youtube.com/watch?v=XVdx1PP-66o>

3. März 2020 | AfD-Landtagsfraktion NRW

Auf dem Papier sieht die theoretische Leistung von Windkraftwerken und Solaranlagen ja ganz nett aus. Was Grüne und Energiewende-Milliardäre aber verschweigen: In der Praxis bleibt davon so gut wie überhaupt nichts übrig! Warum das so ist und wieso es sich auch nicht ändern wird, erklärt Christian Loose, energiepolitischer Sprecher der AfD-Fraktion NRW.

Rede gehalten am 13. Februar 2020 im Landtag NRW.

Vereinsinformation

Elektrischer Strom ist nach den Personalkosten von Unternehmen ein ebenfalls großer Kostenbestandteil der deutschen Volkswirtschaft. Das EEG-Gesetz zur Einspeisung erneuerbarer Energien hat die direkten und indirekten Stromkosten wesentlich erhöht. Strom aus Windenergie oder Voltaik ins Strom-Netz einzuspeisen, ist physikalisch und wirtschaftlich unsinnig. Die Netzstabilität leidet dramatisch, und eine finanzielle Umverteilung auf Kosten von Stromkunden findet zugunsten der Renditen für Investitionen in Windkraftwerke und Voltaik statt. NAEB e.V. klärt über die per Gesetz geschaffenen Strukturen auf.

Vereinskontakt

Hans-Günter Appel
NAEB Stromverbraucherschutz e.V.
Forststr. 15
14163 Berlin
Fon 05241 70 2908
Fax 05241 70 2909
Hans-Guenter.Appel at NAEB.info
www.NAEB.info

Pressekontakt

Hans Kolpak
NAEB Stromverbraucherschutz e.V.
Forststr. 15
14163 Berlin
Fon 05241 70 2908
Hans.Kolpak at NAEB.info
www.NAEB.tv

